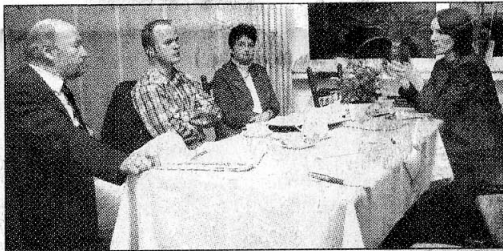


„Legen noch einen Gang zu“

Widerstand gegen 380-kV-Trasse: Die Kräfte vor Ort schwächeln nicht

HARPSTEDT (dls) ■ Mit dem Ende des Raumordnungsverfahrens zur 380-kV-Trasse Ganderkesee-St. Hülfe geben die betroffenen Kommunen, Bürger und die Interessengemeinschaft (IG) „Vorsicht Hochspannung“ ihren Widerstand gegen die nun „landesplanerisch festgestellte“ Höchstspannungsfreileitung nicht auf. Das ist der Tenor eines Gesprächs zwischen der FDP-Bundestagsabgeordneten Angelika Brunkhorst, dem IG-Vorsitzenden Frank Windhorst sowie Samtgemeindebürgermeister Uwe Cordes und Colnrades (bisheriger) Bürgermeisterin Hiltraud Lindemann im Hotel „Zur Wasserburg“ in Harpstedt.

„Die Kräfte vor Ort schwächeln nicht, sondern legen noch einen Gang zu“, fasste



Bekräftigten den Willen, weiter gegen die Freileitung zu kämpfen: Uwe Cordes, Frank Windhorst, Hiltraud Lindemann und Angelika Brunkhorst (von links).

Foto: Bartels

Brunkhorst zusammen. Man werde sich vor Ort nicht auseinander dividieren lassen, sondern je nach den gegebenen Erfordernissen die Kräfte bündeln oder auch einzeln gegen die Freileitungstrasse angehen.

Brunkhorst berichtete, dass sie in Gesprächen in Berlin von vielen Seiten (nicht nur) moralische Un-

terstützung in der Sache erfahren habe. Da heiße es in der Regel: „Hoffentlich bleiben die Oldenburger standhaft und gehen nicht in die Knie!“ So habe sich Dr. Wolfgang

von Geldern, Präsident der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, an die Seite der Freileitungsgegner gestellt: „Lassen Sie uns gemeinsam für die Erdverkabelung kämpfen!“ Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass von Geldern Vorstandsvorsitzender der „Plambeck Neue Energien AG“ in Cuxhaven ist, die das Projekt des im Sommer genehmigten

Offshore-Windparks „Gode Wind“ in der Nordsee vor Norderney sowie auch das schon vor zwei Jahren genehmigte Offshore-Projekt „Borkum Riffgrund“ entwickelt hat, ein sicherlich nicht uninteressanter Mitstreiter.

Brunkhorst kündigte eine „Kleine Anfrage“ an, um Antworten auf schwammige Passagen mit Blick auf Festlegungen zur Erdverlegung im Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz und zu den Kosten des Anschlusses von Windparks auf See zu erhalten (wir berichteten). Die Anwesenden hoben ihr Engagement auf bundespolitischer Ebene besonders hervor. Politiker, die hier ein- oder zweimal im Jahr auftauchten und sich informieren ließen, brächten indes in der Sache wenig, hieß es.